

**Protokoll über die Online-Video-Konferenz des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ des Stadtteilbeirats Findorff vom 27.04.2021**

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Nr.: XIII/2/21

Teilgenommen haben:

Frau Anke Bittkau  
Frau Marcella Dammrat-Tiefensee  
Herr Mokhtar Hashemzadeh-Atouie  
Herr August Kötter  
Herr Oliver Otwiaska  
Frau Marie-Susan Piper  
Frau Pia Straßburger

Verhindert ist:

Herr Luca Heinken (i.V. Herr O. Otwiaska)

Gäste:

Frau Lustig - Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport  
Frau Ladewig-Makosch - Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF)  
Frau Meier-Dietrich - Mädchenhaus Bremen e.V.,  
Herr Sott - Bremer JungenBüro e.V.  
Frau Rump - Kinderschutz-Zentrum Bremen  
Frau Bauch - Neue Wege Bremen / Reisende Werkschule Scholen e.V.  
sowie interessierte Bürger:innen

---

**Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:**

**TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

**TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/1/2021 vom 26.01.2021**

**TOP 3: 1.000 Bänke für Bremen  
dazu: Frau Lustig, Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport**

**TOP 4: Häusliche Gewalt  
dazu: Frau Ladewig-Makosch, Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF)  
Frau Meier- Dietrich, Mädchenhaus Bremen e.V.,  
Herr Sott, Bremer JungenBüro e.V.  
Frau Rump, Kinderschutz-Zentrum Bremen  
Neue Wege Bremen, Beratungsstelle für Beziehungsgewalt (Anfrage)**

**TOP 5: Sichere Aufenthaltsplätze für Obdachlose und Jugendliche –  
Rückschau und Bericht**

**TOP 6: Flüchtlinge in Findorff**

**TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

---

### **TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Der Ausschuss ist beschlussfähig.  
Die Tagesordnung wird beschlossen.

### **TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr.: XIII/1/2021 vom 26.01.2021**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

### **TOP 3: 1.000 Bänke für Bremen**

Frau Lustig stellt das Programm „1.000 Bänke für Bremen“ vor.

Es handelt sich um ein städtisches Programm, mit dem bremenweit 1.000 Bänke aufgestellt werden sollen. Tatsächlich werden es voraussichtlich zunächst nur 150 Bänke. Danach soll das Programm ggfs. verlängert werden.

Die Bänke werden durch die Werkstatt Bremen hergestellt und sollen speziell für Senioren geeignet sein. Die Sitzfläche ist höher, es gibt zwei Armlehnen pro Sitzplatz. Jede Bank wird drei Sitzplätze haben. Es wird mit einer Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren gerechnet.

Aufgestellt werden die Bänke im Rahmen einer „public private partnership“. Das Sozialressort liefert die Bänke nach Herstellung durch die Werkstatt Bremen. Der Besteller ist zuständig für Aufstellung, Wartung und Pflege der Bank. Die Bank kostet in der Produktion ca. 900,00 €, für Wartung und Pflege ist mit 100,00 € jährlich zu rechnen.

Die Bänke können durch Vereine, Initiativen, Freizeitheime etc. aufgestellt werden. Eine Zusammenarbeit mit Privatpersonen oder losen Gruppen ist derzeit nicht vorgesehen, da es in diesen Fällen erfahrungsgemäß schwierig ist, die verlässliche Wartung über die Lebensdauer der Bank hin zu garantieren. Grundsätzlich könnte auch der Beirat eine Bank aufstellen lassen, solange die Finanzierung und die Wartung gesichert sind.

Die rechtliche Absicherung der Bänke erfolgt über die Haftpflichtversicherung der Organisation, die die Bank aufstellen lässt. Bei einer Aufstellung im öffentlichen Straßenraum muss eine Absprache mit dem ASV oder dem Umweltbetrieb Bremen erfolgen.

Die Aufstellung kann auf öffentlich zugänglichem Grund erfolgen. Dabei kann es sich auch um private Flächen handeln, solange diese nicht abgesperrt sind, damit die Bank jederzeit der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Das Einverständnis der Nachbarn sollte eingeholt werden. Ob auch wie aus dem Ausschuss vorgeschlagen eine Aufstellung an einer BSAG Haltestelle möglich ist, wird noch geklärt. Für Findorff gibt es mit den Findorffer Geschäftsleuten und einer Kirchengemeinde bereits zwei Interessenten. Weitere Interessenten können sich jederzeit gerne an Frau Lustig wenden.

Weitere Informationen können auf der Seite <https://www.soziales.bremen.de/detail.php?gsid=bremen69.c.101364.de> abgerufen werden. Das Sozialressort hat zudem einen Flyer entwickelt (Anlage).

### **TOP 4: Häusliche Gewalt**

Da sich im Laufe der Coronapandemie, des „Lockdowns“ und der sich daraus ergebenden wiederkehrenden Schließungen von Schulen, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen etc. in vielen Fällen belastende Situationen ergeben können, die sich für Familien, Paare, Erwachsene, Kinder und Jugendliche als sehr schwierig erweisen können, hat der Sozialausschuss Findorff Fachleute aus Hilfseinrichtungen um Informationen zu dem Thema gebeten und will in diesem Rahmen seine Reichweite nutzen, um Ansprechpartner nennen zu können.

Frau Ladewig-Makosch (ZGF) erläutert zunächst den Begriff „häusliche Gewalt“. Hierbei handelt es sich um keinen sehr engen Begriff. Erfasst werden sowohl körperliche Gewalt als auch psychische oder finanzielle Gewalt. Häufig wird auch der Begriff „familiäre Gewalt“ genutzt. Damit

wird nicht nur Gewalt zwischen erwachsenen Personen in Beziehungen erfasst, sondern im gesamten Familiensystem. Insbesondere bei Kindern ist auch immer eine Abgrenzung zur Kindeswohlgefährdung nach Jugendhilferecht vorzunehmen.

Häusliche Gewalt sowie alle anderen Formen von Gewalt finden in allen Stadtteilen und allen sozialen Schichten statt. Häufig sind Betroffene erst nach jahrelangem Ertragen der Gewalt in der Lage, sich Hilfe zu suchen. Gerade während der Coronapandemie kommt hinzu, dass viele Menschen nur selten ihre Wohnungen verlassen können und selten alleine sind. Häufig wird viel Zeit mit den Menschen verbracht, die die Gewalt ausüben, so dass eine Kontaktaufnahme zu Hilfseinrichtungen erschwert wird. Die Hilfseinrichtungen versuchen, hierauf Rücksicht zu nehmen und Telefonate oder Treffen so zu vereinbaren, dass sie ohne Störungen wahrgenommen werden können. Es gibt dennoch ein hohes Dunkelfeld von Menschen mit Gewalterfahrungen, die sich nicht an die Hilfseinrichtungen wenden. Ebenso sorgen statistische Erhebungsweisen und die Einordnung bei der Polizei dafür, dass eine wirklich valide Zahl kaum zu ermitteln ist.

Für Kinder ist als relativ neue Einrichtung das Kinderschutzzentrum zuständig, das mit PsychologInnen und FamilientherapeutInnen alle Kinder berät, auf Wunsch auch anonym. Das Altersspektrum ist sehr breit gefächert, gerade bei kleineren Kindern erfolgt Beratung in der Regel im Rahmen einer Beratung der Familie. Im Jungenbüro beginnt die persönliche Beratung einzelner Kinder in der Regel mit ungefähr 6-7 Jahren. An das Mädchenhaus wenden sich häufig Mädchen ab ungefähr der fünften Klasse. Die Beratung in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche wird bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres (27. Geburtstag) durchgeführt.

In der Beratungsstelle Neue Wege werden hauptsächlich erwachsene Paare und Ex-Paare beraten. Hier werden die Daten im Falle eines Polizeieinsatzes direkt durch die Polizei übermittelt, so dass die Beratungsstelle auch direkt auf die Betroffenen zugehen und Unterstützung und Beratung anbieten kann.

Eins der größten Probleme neben der unzureichenden personellen Ausstattung der Beratungsstellen ist die Tatsache, dass bestimmte Personengruppen weitgehend von den Angeboten ausgeschlossen sind. So können zum Beispiel Frauenhäuser Transpersonen nur in bestimmten Fällen aufnehmen. Für Frauen aus osteuropäischen Ländern besteht häufig das Risiko, dass die Lebenshaltungskosten nicht getragen werden, da kein Leistungsanspruch auf Leistungen nach dem SGB II besteht. Gerade in den Frauenhäusern sind die Frauen, die dort Hilfe suchen, in der Regel wirtschaftlich von ihren Partnern abhängig und sozial schlecht vernetzt. Immer wieder fallen Menschen durch das Raster der sozialen Systeme. Auch in diesen Fällen wird geprüft, welche Hilfe geleistet werden kann.

Insgesamt wird ein Anstieg der Beratungszahlen festgestellt. Inwiefern dieser Anstieg unmittelbar mit der Coronapandemie zusammenhängt oder ob die Fallzahlen auch aus anderen Gründen ansteigen, ist schwer festzustellen. Insbesondere die Fachkräfte des Kinderschutzzentrums stellen einen höheren Bedarf fest, wenn lange kein Kontakt zu den Kindern bestand.

Da die Beratungsstellen in der Regel mit nur wenigen MitarbeiterInnen besetzt sind, ist es eine große Herausforderung, alle Beratungen durchzuführen und zeitnah Hilfsangebote zu machen. Die Einrichtungen bemühen sich um persönliche Gespräche unter Einhaltung der aktuellen Hygienevorschriften, da sich online durchgeführte Beratungen in manchen Zusammenhängen nicht anbieten. Alle Einrichtungen bieten auch telefonische Erstberatungen an und bitten grundsätzlich um eine erste Kontaktaufnahme per Email oder Telefon, um dann bei Bedarf einen persönlichen Termin zu vereinbaren. Unterbringungsmöglichkeiten bestehen nicht, bei Bedarf kann jedoch Kontakt zu diesen hergestellt werden.

Folgende Einrichtungen haben an der Sitzung teilgenommen

Bremische Zentrale für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau

[www.frauen.bremen.de](http://www.frauen.bremen.de)

Kinderschutzzentrum Bremen/Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Bremen e.V.  
<https://www.dksb-bremen.de/angebote/kinderschutz-zentrum/>  
 Schlachte 32  
 282195 Bremen  
 Tel: 0421-240 112 10  
 Fax: 0421-240 112 89 Kinderschutzbund  
 E-Mail: info[at]dksb-bremen.de Landesverband Bremen e.V.

Mädchenhaus Bremen e.V.  
<https://www.maedchenhaus-bremen.de/>  
 Anlauf- und Beratungsstelle  
 Rembertistraße 32  
 28203 Bremen  
 Telefon 0421-3365444  
 Fax (0421) 3365031  
 info[at]maedchenhaus-bremen.de

Bremer Jungenbüro e.V.,  
<https://www.bremer-jungenbuero.de/>  
 Schlüsselkorb 17/18  
 Fon: 0421 59 86 51 60  
 Mail: info[at]bremer-jungenbuero.de  
 facebook.com/bremerjungenbuero

Neue Wege Bremen - Wege aus der Beziehungsgewalt  
<https://neue-wege-bremen.de/>  
<https://neue-wege-bremen.de/adressen/>  
 Telefon: 0421 79 47 118 | Fax: 0421 79 09 901  
 Beratung[at]neue-wege-bremen.de

Alle Einrichtungen bieten Beratung nach Kontaktaufnahme an.

In dringenden Fällen sind folgende Ansprechpartner rund um die Uhr erreichbar:

- Hilfetelefon: Gewalt gegen Frauen rund um die Uhr und in vielen Sprachen: 08000/116016
- Notruf der Polizei: 110
- Polizeiopfernotruf: 0800/2800110
- Kinder- und Jugendnotdienst: 0421/6991133

### **TOP 5: Sichere Aufenthaltsplätze für Obdachlose und Jugendliche – Rückschau und Bericht**

Das Sozialressort hat auf den Beschluss des Sozialausschusses geantwortet. Der Fachausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis, bedauert jedoch, dass der Eindruck entsteht, dass unter Verweisung auf andere Ressorts sowie die Kirche keine wirkliche Verantwortung übernommen wird und keine konkrete Planung aufgezeigt wird.

Am 28.04.2021 findet die gemeinsame Sitzung der Sozialausschüsse Mitte und Östliche Vorstadt statt. Dort wurde ein nahezu gleichlautender Beschluss gefasst. Mitglieder des Findorffer Sozialausschusses werden an der Sitzung teilnehmen und berichten.

Ein zukünftiges gemeinsames Vorgehen der innenstadtnahen Beiräte wird behandelt.

### **TOP 6: Flüchtlinge in Findorff**

In den Einrichtungen gab es vier Coronafälle. Die Jugendlichen mussten die Quarantäne im eigenen Zimmer verbringen, was in diesen Fällen möglich war. Problematisch ist weiterhin, dass

die ehrenamtliche Unterstützung durch Freiwillige derzeit nicht möglich ist, so dass die bisher gut gelungene Integration vieler Menschen etwas ins Stocken geraten ist.

Alle Jugendlichen sind sehr bemüht, besuchen die Schule oder sind in einer Ausbildung. In den Einrichtungen wird soweit möglich Deutsch gesprochen und Wert darauf gelegt, dass Konflikte friedlich gelöst werden.

### **TOP 7: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**

Entscheidungsbedarfe liegen nicht vor.

### **TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

- **Jugendbeirat**

Anke Bittkau und Pia Straßburger stellen die neue Arbeitsgruppe Jugendbeteiligung vor und berichten von den ersten Treffen.

In der Senatskanzlei ist Frau Grohnert als Ansprechpartnerin zuständig, in der Oberschule Findorff ist insbesondere Herr Weinholt als Politiklehrer in das Projekt eingebunden.

Über die Oberschule wurde auf der Plattform „It's Learning“, zu der alle Schüler Zugang haben, ein Kurs mit dem Titel „Jugendbeteiligung“ eingerichtet. Hier sollen regelmäßig relevante Themen angesprochen und den Jugendlichen Gelegenheit zu Beteiligung gegeben werden. Die Teilnahme ist für SchülerInnen ab der siebten Klasse möglich. In den fünften und sechsten Klassen soll die Beteiligung in den Unterricht integriert werden. Über diesen Kurs werden jedoch nur SchülerInnen der Oberschule erreicht. Findorffer Kinder und Jugendliche, die andere Schulen besuchen, können hierrüber nicht erreicht werden. Dafür werden noch Lösungen gesucht.

Gemeinsam mit dem Lidice-Haus wurde ein Erklärvideo erstellt, das in den nächsten Tagen auf die Plattform hochgeladen wird.

Der „Findorffcheck“, der sonst alle zwei Jahre stattfindet, musste 2020 ausfallen und soll nachgeholt werden.

Es wird überlegt, auch die Kontaktadressen der Beratungseinrichtungen aus TOP 4 in der Plattform zu veröffentlichen.

#### **Als Themen für die nächsten Sitzungen werden vorgeschlagen:**

- Öffentliche Toiletten
- Sozialkaufhaus Plantage

Derzeit ist keine weitere Sitzung für das erste Halbjahr 2021 geplant. Da die nächste Sitzung dann voraussichtlich erst im September oder Oktober stattfinden würde, wird vereinbart, dass bei Bedarf geprüft wird, ob eine weitere Sitzung durchgeführt werden sollte und kann. Aufgrund der Vertretungssituation im Ortsamt (Rente von Frau Müller ab Juni) muss dann überprüft werden, wie eine weitere Sitzung zeitlich umsetzbar ist.

#### Bereits an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- 8. Sachstandsbericht- und Lagebericht zur Corona-Krise SJIS
- Corona-Fallzahlen, Aktualisierung Stadtteile (Jahre 20/21, KW 38/39 – KW 05/06, KW 38/39 – KW 07/08, KW 38/39 – KW 09/10, KW 38/39 – KW 11/12, KW 38/39 – KW 13/14).

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

- Christina Contu -

- August Kötter –

Anlagen